

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/1000**

Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2022 (Staatshaushaltsgesetz 2022 – StHG 2022)

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/1000 – in folgender Fassung zuzustimmen:

„Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2022 (Staatshaushaltsgesetz 2022 – StHG 2022)

§ 1

Feststellung des Staatshaushaltsplans

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Staatshaushaltsplan des Landes Baden-Württemberg wird in Einnahme und Ausgabe auf 57 425 427 400 Euro festgestellt.

§ 2

(weggefallen)

§ 3

Bewirtschaftung von Planstellen und Stellen

(1) Die Besetzung von Planstellen mit teilzeitbeschäftigten planmäßigen Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richtern ist wie folgt zulässig:

1. Eine Planstelle darf auch mit zwei zu je 50 Prozent teilzeitbeschäftigten oder, soweit nach dem Landesbeamtengesetz (LBG) zulässig, mit drei zu je mindestens 30 Prozent außerhalb von § 69 Absatz 3 LBG unterhältig teilzeitbeschäftigten Personen besetzt werden. Bei unterhältiger Teilzeit darf die Gesamtarbeitszeit der drei Personen die regelmäßige Gesamtarbeitszeit von einer Vollzeitkraft nicht überschreiten. Zwei Planstellen dürfen auch mit drei, drei Planstellen mit vier teilzeitbeschäftigten Personen besetzt werden.

Dabei darf die Gesamtarbeitszeit dieser drei beziehungsweise vier Personen die regelmäßige Gesamtarbeitszeit von zwei beziehungsweise drei Vollzeitkräften nicht übersteigen.

2. Abweichend von Nummer 1 darf eine Planstelle auch mit zwei, dürfen zwei Planstellen mit drei und drei Planstellen mit vier nach § 69 Absatz 3 LBG unterhältig teilzeitbeschäftigten Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richtern besetzt werden. Dabei sind für den Umfang der von diesen Personen besetzten Planstellen weiterhin die Verhältnisse vor Antritt der Elternzeit nach der Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung (AzUVO) maßgebend.
3. Planstellen für Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, denen aufgrund von

a) § 70 LBG und § 7c des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes (LRiStAG) als Schwerbehinderten Altersteilzeit bewilligt ist, gelten für die gesamte Dauer der Altersteilzeit mit einem Stellenanteil von 60 Prozent als besetzt. Zudem kann aus der Planstelle der Zuschlag nach § 69 des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg (LBesGBW) und erforderlichenfalls ein Ausgleich nach § 70 LBesGBW gezahlt werden;

b) Artikel 62 § 4 Satz 1 Nummer 3 des Dienstrechtsreformgesetzes als Schwerbehinderten Altersteilzeit bewilligt ist, gelten für die gesamte Dauer der Altersteilzeit mit einem Stellenanteil von 50 Prozent als besetzt. Zudem kann aus der Planstelle der Zuschlag nach § 101 Absatz 7 LBesGBW gezahlt werden.

Die Buchstaben a) und b) gelten auch, wenn die Altersteilzeit in eine Arbeits- und Freistellungsphase aufgeteilt wird (Blockmodell); in diesem Fall sind während der Arbeitsphase weitere 40 Prozent der Stelle gesperrt und dürfen in dieser Zeit auch nicht anderweitig in Anspruch genommen werden. Wird teilzeitbeschäftigten schwerbehinderten Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richtern Altersteilzeit gewährt, sind die vorstehenden Regelungen entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, dass der Umfang der für die Bemessung der Altersteilzeit maßgebenden bisherigen Arbeitszeit zugrunde zu legen ist.

4. In den Fällen von unterhältiger Teilzeitbeschäftigung nach § 69 Absatz 3 LBG dürfen sich ergebende freie Stellenbruchteile für die Beschäftigung von Beamtinnen und Beamten im Eingangsamts beziehungsweise Richterinnen und Richtern auf Probe genutzt werden; dabei können die freien Stellenbruchteile von bis zu vier Planstellen zusammengerechnet werden. Nummer 1 Satz 4 ist entsprechend anzuwenden.

Die Regelungen des Satzes 1 Nummer 1 bis 4 gelten nicht für die Kapitel 0405 bis 0428.

Für die in den Stellenübersichten ausgebrachten Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 428 01) gilt Satz 1 Nummer 1 entsprechend. Für diese Stellen kann das Finanzministerium bei Altersteilzeitarbeit nach den Tarifverträgen zur Regelung der Altersteilzeitarbeit vom 5. Mai 1998 und vom 10. August 2012 weitere Ausnahmen zur Inanspruchnahme von Stellenbruchteilen zulassen. Wird die Altersteilzeitarbeit in eine Arbeits- und eine Freistellungsphase aufgeteilt (Blockmodell), kann das Finanzministerium ferner zulassen, dass während der Arbeitsphase kostenmäßig nicht in Anspruch genommene Stellenanteile in die Freistellungsphase übertragen und besetzbaren Stellenanteilen hinzugerechnet werden.

(2) Besteht bei Beamtinnen und Beamten, die sich in Elternzeit befinden, ein unabweisbares Bedürfnis für die Neubesetzung der Planstellen, kann das Finanzministerium außerhalb der Kapitel 0405 bis 0428 im Jahresdurchschnitt für bis zu 80 Prozent der Planstellen für die Dauer der Elternzeit Leerstellen der entsprechenden Besoldungsgruppe mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ schaffen. Die Schaffung der Leerstellen ist auf Fälle beschränkt, bei denen auf der freiwerdenden Planstelle Beamtinnen und Beamte im Eingangsamts geführt werden. Aus den Leerstellen darf nur das Mutterschaftsgeld nach § 39 AzUVO bezahlt werden. § 50 Absatz 5 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg (LHO) gilt entsprechend.

(3) Beamtinnen und Beamte auf Planstellen außerhalb der Kapitel 0405 bis 0428, die aufgrund einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge gemäß den §§ 71 bis 74 LBG bereits auf einer Leerstelle geführt werden und deren Beurlaubung nach den §§ 71 bis 74 LBG zum unmittelbaren Wechsel in die Elternzeit nach der AzUVO beendet wird, können während der Elternzeit weiterhin auf der Leerstelle für die Beurlaubung nach den §§ 71 bis 74 LBG geführt werden.

(4) Für die bei Titel 421 01 ausgebrachten Amtsgehälter der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und Minister, der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie für die in den Stellenplänen und Stellenübersichten bei den Titeln 422 01, 422 03, 428 01 bewilligten Stellen dürfen Ausgaben aufgrund gesetzlicher oder tariflicher Bestimmung auch über die Haushaltsansätze hinaus geleistet werden. Dies gilt

1. für die Leistungen nach § 10 des Ministersgesetzes,
2. für die Besoldungsbezüge der Beamtinnen und Beamten sowie der Richterinnen und Richter nach § 1 Absatz 2 und 3 LBesGBW mit Ausnahme der Zulagen und Vergütungen, die nicht in festen Monatsbeträgen festgelegt sind,
3. für die Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der Teile der Entgelte, die in den Erläuterungen zu dem Titel 428 01 nicht besonders aufgeführt sind,

4. für die Vergütung der außertariflich Beschäftigten, die sich nach Besoldungs- oder Tarifrecht richtet,
5. für die durch den Haushaltsplan oder durch Richtlinien festgelegten Aufwandsentschädigungen in festen Monatsbeträgen,
6. für die Unterhaltsbeihilfen an Auszubildende in öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnissen gemäß § 88 LBesGBW.

Für Leistungsbezüge an Beamtinnen und Beamte in Ämtern der Landesbesoldungsordnung W bleibt Absatz 7 unberührt.

Insoweit geleistete Mehrausgaben sind bei den Titeln 421 01, 422 01, 422 03 und 428 01 sowie im Kapitel 0508 bei den Titeln 422 75 und 428 75 als planmäßige Ausgaben zu behandeln. Ausgenommen von Satz 4 sind in den Bereichen der Personalausgabenbudgetierung gemäß § 6a Absatz 1 die in das Personalausgabenbudget einbezogenen Titel gemäß § 6a Absatz 2. Die Sätze 4 und 5 gelten auch für Mehrausgaben aufgrund gesetzlicher oder tariflicher Bestimmung, die dadurch entstehen, dass Stellen nach Maßgabe der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften des Finanzministeriums zur Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg (VV-LHO) mit Bediensteten in vergleichbaren oder niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppen besetzt werden. Der Gesamtbetrag der Personalmehrausgaben ist in der Landeshaltsrechnung anzugeben; für die Feststellung der Mehrausgaben am Ende des Haushaltsjahres sind die Titel 421 01, 422 01, 422 03 und 428 01 sowie im Kapitel 0508 die Titel 422 75 und 428 75 gegenseitig deckungsfähig. Kapitel 1212 Titel 461 01, Entnahmen aus Rücklagen nach § 42a LHO und Entnahmen bei Kapitel 1212 Titel 359 01 können zur Deckung der Mehrausgaben herangezogen werden.

(5) Eine dienstunfähige Person, die zur Vermeidung einer Versetzung in den Ruhestand bei einer anderen Verwaltung im Landesdienst weiterverwendet wird, kann abweichend von § 49 Absatz 1 LHO auch auf einer Planstelle in einer niedrigeren Besoldungsgruppe ihrer Laufbahn oder einer anderen Laufbahn ihrer Laufbahngruppe oder auf einer anderen Stelle in einer Entgeltgruppe, die als derselben Laufbahngruppe zugehörig anzusehen ist, geführt werden. Wird eine Ruhestandsbeamtin oder ein Ruhestandsbeamter nach Wiederherstellung der Dienstfähigkeit erneut berufen, gilt Satz 1 bis zum Freiwerden einer ihrem beziehungsweise seinem Amt entsprechenden Planstelle.

(6) Beamtinnen und Beamte mit begrenzter Dienstfähigkeit gemäß § 27 Absatz 1 des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG) sind nach dem Umfang der gemäß § 27 Absatz 2 Satz 1 BeamtenStG herabgesetzten Arbeitszeit auf einer ihrem Amt entsprechenden Planstelle zu führen. Von § 8 Absatz 1 LBesGBW abweichende Besoldungszahlungen gemäß § 9 LBesGBW in Verbindung

mit § 72 LBesGBW bleiben bei der Inanspruchnahme der Planstelle unberücksichtigt. Danach freie Planstellenanteile können im Rahmen des Absatzes 1 besetzt werden.

(7) Für die Zahlung von Leistungsbezügen sowie von Forschungs- und Lehrzulagen gilt:

1. Aus den bei den Kapiteln 0317, 0504, 1403, 1414, 1426 bis 1433, 1441 bis 1444, 1446 bis 1450, 1453, 1455 bis 1464, 1468 und 1470 bis 1477 Titel 422 01 und 428 01 sowie bei Kapitel 1221 Titel 422 91 und 422 95, Kapitel 1403 Titel 422 77 und 428 77, Kapitel 1410 Titel 682 01 und 682 97A, Kapitel 1412 Titel 682 01, 682 96A und 682 97A, Kapitel 1415 Titel 682 01 und 682 97, Kapitel 1417 Titel 682 94A und 682 95, den Kapiteln 1418 bis 1420 Titel 682 01, Kapitel 1421 Titel 682 01 und 682 97, Kapitel 1440 Titel 682 01, Kapitel 1445 Titel 682 01, Kapitel 1451 Titel 682 01 und Kapitel 1454 Titel 682 01 veranschlagten Mitteln werden auch die Leistungsbezüge nach dem LBesGBW in Verbindung mit der Leistungsbezügeverordnung gezahlt.

Der Vergaberahmen für Leistungsbezüge erhöht sich gemäß § 39 Absatz 7 LBesGBW nach näherer Bestimmung des Finanzministeriums und des jeweiligen Fachressorts um Einsparungen aus der vorübergehenden Nichtbesetzung von besetzbaren Stellen für Professorinnen und Professoren bei den Titeln 422 01, 428 01, 682 01, 682 94, 682 95, 682 96A, 682 97 und 682 97A.

Das Fachressort prüft die Abrechnung der Besoldungsausgaben und stellt die für die Leistungsbezüge zweckgebundenen, nicht verausgabten Mittel im Einvernehmen mit dem Finanzministerium fest.

Soweit nach Maßgabe der besoldungsrechtlichen Regelungen für innerhalb des Vergaberahmens nicht verausgabte Leistungsbezüge Mittel übertragen werden müssen, wird zentral, für den Geschäftsbereich des Wissenschaftsministeriums bei Kapitel 1403 Titel 422 01, ein Ausgaberesort gebildet.

Abweichend von § 7 Absatz 2 Leistungsbezügeverordnung können im Haushaltsjahr 2021 nicht in Anspruch genommene Mittel zur Vergabe von Leistungsbezügen gemäß Ziffer I.3 der Hochschulfinanzierungsvereinbarung (Abrechnung des Vergaberahmens bezüglich der Professuren aus den Hochschulausbauprogrammen) in Abgang gestellt werden.

Die Ausgabeermächtigung bei den Kapiteln 1410 bis 1421, 1426 bis 1464, 1468 und 1470 bis 1477 Titel 422 01 und 428 01 erhöht sich um die Einnahmen für Leistungsbezüge nach § 39 Absatz 6 Satz 1 Nummer 2 LBesGBW bei den Kapiteln 1410 bis 1421 Titel 281 01, den Kapiteln 1426 bis 1464 Titel 281 92 und den Kapiteln 1470 bis 1477 Titel 282 84.

2. Nummer 1 Satz 1, 3 und 4 gilt entsprechend für Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren sowie Juniordozentinnen und Juniordozenten hinsichtlich der Zulage gemäß § 59 LBesGBW.

3. Nummer 1 Satz 5 gilt entsprechend für die Forschungs- und Lehrzulage nach § 60 LBesGBW und Funktionszulagen nach § 61 LBesGBW.

(8) Das Finanzministerium wird ermächtigt, bei Hochschulen Planstellen für Beamtinnen und Beamte sowie Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen, wenn die Personalausgaben (bei Planstellen grundsätzlich einschließlich Versorgungszuschlag und Beihilfe) vollständig von dritter Seite (im Rahmen des Professorinnenprogramms des Bundes und der Länder je zur Hälfte vom Bund und der Hochschule) erstattet werden und die Hochschulen gewährleisten, dass die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber nach Auslaufen der Ausgabenerstattung auf freie Stellen ihres Stellenplanes beziehungsweise ihrer Stellenübersichten übernommen werden können.

Die Planstellen und Stellen sind jeweils im nächsten Staatshaushaltsplan mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu veranschlagen.

(9) Das Finanzministerium wird ermächtigt, bei Exzellenzuniversitäten Planstellen für Beamtinnen und Beamte sowie Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen, wenn die Personalausgaben (bei Planstellen grundsätzlich einschließlich Versorgungszuschlag und Beihilfe) vollständig aus den Mitteln der Exzellenzstrategie erstattet werden und die Hochschulen gewährleisten, dass die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber bei einem etwaigen Auslaufen der Finanzierung auf freie Stellen ihres Stellenplanes beziehungsweise ihrer Stellenübersicht übernommen werden.

(10) Das Finanzministerium wird ermächtigt, bei Hochschulen mit Planstellen der Besoldungsgruppe W 1 (Professorin als Juniorprofessorin oder Professor als Juniorprofessor) im Rahmen von Berufungsverfahren nach § 48 Absatz 1 Satz 4 des Landeshochschulgesetzes (LHG) befristet Planstellen für Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppe W 3 sowie entsprechend vergütete Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen, wenn die entstehenden Mehrausgaben vollständig von dritter Seite erstattet oder innerhalb des entsprechenden Hochschulkapitels im Einzelplan 14 gedeckt werden.

Die Hochschulen haben ebenfalls zu gewährleisten, dass die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber spätestens sechs Jahre nach der Bewilligung auf freie Stellen ihres Stellenplanes oder ihrer Stellenübersicht übernommen werden können. Die Planstellen und Stellen sind jeweils im nächsten Staatshaushaltsplan mit entsprechendem Haushaltsvermerk „künftig

wegfallend“ zu veranschlagen; sie dürfen zusammen 5 Prozent der insgesamt ausgebrachten Planstellen der Besoldungsgruppe W 1 nicht überschreiten. Stellen, die durch Inanspruchnahme einer nach Satz 1 bewilligten Stelle frei werden, sind bis zur Übernahme der Stelleninhaberinnen oder des Stelleninhabers auf eine freie Stelle des Stellenplanes oder der Stellenübersicht gesperrt.

(11) Auf Ersatzkräfte, deren Weiterbeschäftigung aus dienstlichen Gründen dringend notwendig ist und die aus arbeitsrechtlichen Gründen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden müssen, kann ausnahmsweise auch Verwaltungsvorschrift Nummer 4 zu § 49 LHO angewendet werden. Dies gilt für insgesamt bis zu 10 Einzelfälle im Bereich des Nichtvollzugsdienstes der Polizei. Dabei ist sicherzustellen, dass diese Ersatzkräfte für die Weiterbeschäftigung auf freien Stellen oder, soweit dies nicht möglich ist, auf Stellen geführt werden, die für laufende Bezüge an die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber nicht benötigt werden.

(12) Soweit schulorganisatorische Maßnahmen im Sinne von § 30 des Schulgesetzes für Baden-Württemberg zu einer höheren besoldungsrechtlichen Einstufung der Leitungsämter und der stellvertretenden Leitungsämter an Schulen führen oder erstmals die Stellen der Schulleitung und ihrer Stellvertretung zu besetzen sind, gelten nach Abstimmung zwischen Kultusministerium und Finanzministerium die entsprechenden Planstellen nach Maßgabe der besoldungsrechtlichen Voraussetzungen zu dem Schuljahresbeginn als geschaffen, ab dem die schulorganisatorische Maßnahme jeweils genehmigt wird. Die hierbei freiwerdenden Planstellen für die Schulleitung und ihre Stellvertretung sind in Planstellen des jeweiligen Eingangsamts der betroffenen Laufbahnen, soweit erforderlich mit Bezugsvermerk, umzuwandeln. Die Änderungen sind im nächsten Staatshaushaltsplan zu veranschlagen. Die Finanzierung der hieraus entstehenden Mehrausgaben wird durch Einsparungen innerhalb der Schulkapitel des Einzelplans 04 nachgewiesen.

(13) Landesbetriebe nach § 26 LHO, denen nach § 6 Absatz 7 die dezentrale Finanzverantwortung gemäß § 7a Absatz 1 LHO übertragen wurde, können die im Rahmen der dezentralen Finanzverantwortung erwirtschafteten Mittel zur Vergabe von Leistungsprämien gemäß § 76 LBesGBW verwenden. In entsprechender Anwendung von § 76 LBesGBW können außertarifliche Leistungsprämien an Tarifbeschäftigte vergeben werden. Satz 1 gilt auch für Hochschulen, deren Wirtschaftsführung gemäß § 13 Absatz 4 LHG nach den Grundsätzen des § 26 LHO erfolgt.

(14) Die Stelle einer oder eines Freigestellten wird während der Gesamtdauer der Teilzeitbeschäftigung gemäß § 69 Absatz 5 LBG beziehungsweise nach einer Einzelvereinbarung im Sinne des § 10 Absatz 6 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) in Höhe des Unterschieds zwischen dem belegten Stel-

lenanteil und dem Stellenanteil vor Antritt der Teilzeitbeschäftigung gesperrt. Dies dient dem Ausgleich für die Beschäftigung einer zeitlich befristeten Vertretung während der Freistellungsphase. Diese Regelung gilt nicht für Kapitel 0405 bis 0428 – Schulbereich – und die Bereiche der Personalausgabenbudgetierung gemäß § 6a Absatz 1 sowie der Landesbetriebe nach § 26 LHO, für die § 6a Absatz 10 gilt.

(15) In der Zeit, in der die Mittel besetzter Planstellen für laufende monatliche Besoldungsbezüge der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers nicht benötigt werden, können bei Abordnungen aus dringenden dienstlichen Gründen Beamtinnen und Beamte im Eingangsamt als Ersatzkräfte innerhalb desselben Kapitels zusätzlich geführt werden.

(16) § 50 Absatz 5 und 6 LHO gelten für andere Stellen als Planstellen entsprechend. Das Finanzministerium wird ermächtigt, sofern die Voraussetzungen von § 50 Absatz 5 LHO vorliegen, Leerstellen der entsprechenden Entgeltgruppe mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu schaffen.

(17) Sofern bisher sachgrundlos befristete Arbeitsverhältnisse nach § 14 Absatz 2 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes im Bereich von Daueraufgaben aus dringenden personalwirtschaftlichen Gründen in unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden müssen und die Beschäftigung nicht auf einer Stelle, sondern aus Mitteln erfolgt, wird das Finanzministerium ermächtigt, in Abweichung von der Stellenübersicht haushaltsneutral eine Stelle der benötigten Entgeltgruppe zu schaffen.

(18) § 49 LHO gilt entsprechend für Beförderungen auf Leerstellen, wenn auf einer Leerstelle geführte Beamtinnen und Beamte während der Elternzeit, einer Zuweisung oder einer Beurlaubung unter Beachtung des Leistungsprinzips im Auswahlverfahren für eine Beförderung auf einer freien besetzbaren Planstelle ausgewählt werden und der Beförderungszeitpunkt bei ihrer bisherigen Verwaltung innerhalb von zwei Jahren nach Antritt der Elternzeit, Zuweisung oder Beurlaubung liegt. Das Finanzministerium wird ermächtigt, die Wertigkeit der Leerstelle anzupassen.

(19) Lehrkräfte aus den Kapiteln 0405 bis 0428 können ganz oder mit einem Teil ihrer Unterrichtsverpflichtung im Rahmen der Lehrkräftefortbildung im Bereich der Maßnahmen für Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge eingesetzt werden, soweit der Umfang dieser Tätigkeit im Jahr 2022 insgesamt zehn Deputate nicht übersteigt.

(20) Das Finanzministerium wird ermächtigt, Leerstellen für Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit mit der Befähigung zum Richteramt zu schaffen, die zur Deckung des nur vorübergehenden Personalbedarfs bei den Verwaltungsgerichten für einen Abbau der Asylbestände binnen eines angemessenen Zeitraums zu Richterinnen

und Richtern auf Zeit gemäß § 18 der Verwaltungsgerichtsordnung ernannt und bei Kapitel 0505 in freie und besetzbare Planstellen der Besoldungsgruppe R 1 eingewiesen werden. Die Leerstellen sind in den Einzelplänen zu schaffen, in denen die Planstellen veranschlagt sind, in die die Beamtinnen und Beamten bis zur Ernennung zu Richterinnen und Richtern auf Zeit eingewiesen sind. Nach Rückkehr der Beamtinnen und Beamten aus der Verwendung als Richterinnen und Richter auf Zeit gilt § 50 Absatz 6 LHO entsprechend; hierdurch freiwerdende Leerstellen fallen weg. Die Leerstellen sind im jeweils nächsten Staatshaushaltsplan zu veranschlagen und mit einem Wegfallvermerk im Sinne von Satz 3 zu versehen.

(21) In Umsetzung des Tarifabschlusses vom 2. März 2019 zur Entgeltordnung zum TV-L wird das Finanzministerium ermächtigt, soweit sich eine höhere Eingruppierung ergibt, Stellen oder Planstellen zu streichen und in gleicher Anzahl höherwertige Stellen zu schaffen. Hierzu sind dem Finanzministerium entsprechende Anträge vorzulegen. Die insoweit geschaffenen Stellen gelten als planmäßig.

(22) Das Finanzministerium wird zur Umsetzung besoldungsrechtlicher Änderungen ermächtigt, die für Hebungen der Eingangssämter des mittleren Dienstes von Besoldungsgruppe A 7 nach A 8, des gehobenen nicht-technischen Dienstes von Besoldungsgruppe A 9 nach A 10 und des gehobenen technischen Dienstes von Besoldungsgruppe A 10 nach A 11 erforderlichen Planstellen zu schaffen und in gleicher Zahl die niederwertigeren Stellen zu streichen. Satz 1 gilt für Hebungen der Eingangssämter in den Laufbahnen der Amtsmeisterinnen und Amtsmeister, Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister sowie Wartinnen und Warte von Besoldungsgruppe A 6 nach A 7 und für Hebungen der Beförderungssämter dieser Laufbahnen von Besoldungsgruppe A 7 nach A 8 entsprechend. Satz 1 gilt nach Maßgabe einer besoldungsgesetzlichen Überleitungsregelung ferner für Hebungen von Endämtern und weiteren Ämtern des mittleren Dienstes entsprechend. Voraussetzung für die Schaffung der Planstellen ist, dass im Rahmen einer Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg entsprechende Ämteranhebungen vorgenommen beziehungsweise Überleitungsregelungen getroffen wurden. Die Schaffung der Planstellen ist frühestens am Tag des Inkrafttretens der vorgenannten Änderungen möglich. Die insoweit geschaffenen Stellen gelten als planmäßig. Die Stellenzugänge und Stellenwegfälle sind im nächsten Staatshaushaltsplan zu veranschlagen.

§ 4

Kreditaufnahme

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben im Haushaltsjahr 2022 bis zur Höhe von null Euro Kredite am Kreditmarkt aufzunehmen.

Die Kreditaufnahme kann auch in fremder Währung erfolgen, wenn das damit verbundene Wechselkursrisiko bezuglich des Kapitals und der zu zahlenden Zinsen in voller Höhle durch Wechselkurssicherungsgeschafte ausgeschlossen wird.

(2) Die Kreditermachtung des Absatzes 1 erhohlt sich um die Beträge, die im Haushaltsjahr 2022 zur Tilgung von Krediten erforderlich sind. Sie erhohlt sich ferner um die Beträge, die nach Satz 1 aufgenommenen Kredite sind auf die Kreditermachtung des nächsten beziehungsweise übernächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im laufenden Haushaltsjahr im Vorgriff auf die Kreditermachtung des nächsten und des übernächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhle von jeweils 4 Prozent des in § 1 für das laufende Haushaltsjahr festgestellten Betrags aufzunehmen. Die nach Satz 1 aufgenommenen Kredite sind auf die Kreditermachtung des nächsten beziehungsweise übernächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(4) Der Bestand der Vereinbarungen nach § 18 Absatz 11 LHO darf höchstens 25 Prozent der Kreditmarktschulden am Ende des vorangegangenen Haushaltsjahres zuzuglich 25 Prozent der für Anschlussfinanzierungen im Finanzplanungszeitraum fällig werdenden Tilgungen betragen. Vereinbarungen, deren Zinsänderungsrisiko durch ein Gegengeschäft aufgelöst ist, sind auf diesen Höchstbetrag nicht anzurechnen.

(5) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Rahmen von Vereinbarungen nach § 18 Absatz 11 LHO auch Besicherungsvertrage abzuschließen und insoweit Sicherheiten zu stellen oder entgegenzunehmen. Kassenverstärkungskredite, die für die Stellung von Sicherheiten notwendig werden, bleiben bei der Bestimmung der Auslastung der Ermachtung nach § 4 Absatz 6 Satz 1 unberücksichtigt.

(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel Kassenverstärkungskredite bis zu 6 Prozent des in § 1 für das jeweilige Haushaltsjahr festgestellten Betrags aufzunehmen. Über den sich danach ergebenden Betrag hinaus kann das Finanzministerium im einzelnen Haushaltsjahr weitere Kassenverstärkungskredite aufnehmen, soweit es von der Kreditermachtung nach Absatz 1 keinen Gebrauch macht.

(7) Mehrausgaben, die bei Kapitel 1206 Titelgruppe 86 geleistet werden, sind bei den einzelnen Titeln als planmäßige Ausgaben zu behandeln.

(8) Das durch § 4 Absatz 4 des Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 geschaffene Sondervermögen Baden-Württemberg 21 dient der Abdeckung von finanziellen Verpflichtungen aus den Finanzierungsverträgen bezuglich der Landesbeteiligung an

1. der Planung und dem Bau des Projekts Stuttgart 21,
2. den Mehrkosten für den menschen- und umweltgerechten viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn und
3. den Kosten für die Elektrifizierung der Südbahn,

soweit diese Ausgaben nicht aus den für das jeweilige Projekt bei Kapitel 1303, Titelgruppen 78 und 99, Titel 891 86B sowie 891 86C etatisierten Haushaltsmitteln abgedeckt sind. Die laufende Verzinsung zugunsten des Sondervermögens erfolgt zu den bei Errichtung des Sondervermögens marktüblichen Sätzen aus Kapitel 1206 Titelgruppe 86. Nach Abschluss der Projekte nicht benötigte Mittel aus dem Sondervermögen werden zur Schuldentilgung verwendet.

(9) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zweckbestimmte, den Haushalt durchlaufende Darlehen vor allem aus Mitteln des Bundes in Höhle der dem Land hierfür zur Verfügung gestellten Beträge aufzunehmen.

(10) Die Finanzierungsermachtung des Finanzministeriums für das Behordenbauprogramm wird auf 1 386 948 400 Euro festgesetzt (Kapitel 1208 Titel 712 71).

(11) Die Finanzierungsermachtung des Finanzministeriums für das Bauprogramm zur Forschungsförderung und zum erhohnten Emissionsschutz landeseigener Heizwerke sowie für das Programm zur Nachfolgebelegung ehemaliger militärischer Liegenschaften wird auf 2 870 708 193 Euro festgesetzt (Kapitel 1208 Titel 714 71).

(12) Der Schuldenstand des Landes aus der Finanzierung des Behordenbauprogramms und des Bauprogramms zur Forschungsförderung und zum erhohnten Emissionsschutz landeseigener Heizwerke sowie des Programms zur Nachfolgebelegung ehemaliger militärischer Liegenschaften darf insgesamt 400 000 000 Euro nicht übersteigen.

(13) Das Finanzministerium wird ermächtigt, für Maßnahmen zur Energieeinsparung in bestehenden Gebäuden Vorfinanzierungen bis zur Höhle von 8 000 000 Euro jährlich in Anspruch zu nehmen, wenn die entstehenden Kosten einschließlich Zins- und Tilgungsaufwand aus den erwarteten Energieeinsparungen innerhalb eines Zeitraums von höchstens zwanzig Jahren getragen werden können und die Verzinsung nicht über der für vergleichbare Kreditmarktdarlehen liegt.

(14) Das Finanzministerium wird ermächtigt, Mittel, die der Rücklage für Haushaltsrisiken Corona-bedingt zugeflossen sind, für diesen Zweck aber nicht mehr benötigt werden, zu entnehmen und in entsprechender Höhle zur Verminderung des Kreditbedarfs beziehungsweise zur Schuldentilgung zu verwenden. Diese Beträge werden von der in Anspruch genommenen Höhle der Ausnahme-komponente gemäß § 18 Absatz 6 LHO auf Grund der Naturkatastrophe der Coronavirus-Pandemie abgezogen. Eine entsprechende Verwendung erfordert die Zustimmung des Finanzausschusses des Landtags.

(15) Das Finanzministerium wird im Haushaltsjahr 2022 ermächtigt, Schulden am Kreditmarkt in Höhe von 484 700 000 Euro zu tilgen, die aus dem Sondervermögen Beteiligungsfonds Baden-Württemberg entnommen wurden. Wegen der Kreditfinanzierung des Sondervermögens aus der Ausnahmekomponente wird die Tilgung in Abzug gebracht von der in Anspruch genommenen Höhe der Ausnahmekomponente gemäß § 18 Absatz 6 LHO auf Grund der Naturkatastrophe der Coronavirus-Pandemie.

(16) Das Finanzministerium wird im Haushaltsjahr 2022 ermächtigt, Schulden am Kreditmarkt in Höhe von 457 300 000 Euro zu tilgen. Der Tilgungsbetrag wird in Abzug gebracht von der in Anspruch genommenen Höhe der Ausnahmekomponente gemäß § 18 Absatz 6 LHO auf Grund der Naturkatastrophe der Coronavirus-Pandemie.

(17) Das Finanzministerium wird unabhängig von den vorstehenden Tilgungsermächtigungen verpflichtet, im Haushaltsjahr 2022 Schulden am Kreditmarkt in Höhe von 16 413 800 Euro zu tilgen.

§ 5

Gewährleistungen

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen im Haushaltsjahr 2022 bis zur Höhe von insgesamt 2 000 000 000 Euro zu übernehmen, wenn hierfür ein vordringliches Bedürfnis besteht.

(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Haushaltsjahr 2022, Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

1. zugunsten der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH, der Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes Baden-Württemberg mbH, der Beteiligungsgesellschaft des Landes Baden-Württemberg mbH, des ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, der Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH, der Garantie Portfolio Baden-Württemberg GmbH & Co. KG, der Staatlichen Rhein-Neckar-Hafengesellschaft Mannheim mbH, der NECKARPRI GmbH und der Filmakademie Baden-Württemberg GmbH in Höhe von insgesamt 500 000 000 Euro;
2. für Finanzierungen von Baumaßnahmen, die objektbezogen ratenweise vom Land bezahlt werden, bis zur Höhe von 75 000 000 Euro jährlich;
3. zugunsten der NECKARPRI GmbH, die – mittelbar über die NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH – für das Land die Anteile an der EnBW Energie Baden-Württemberg AG hält, bis zur Höhe von 2 400 000 000 Euro zuzüglich Zinsen;

4. zugunsten der Landesmesse Stuttgart GmbH, der Projektgesellschaft Neue Messe GmbH & Co. KG sowie der Flughafen Stuttgart GmbH bis zur Höhe von insgesamt 200 000 000 Euro.

(3) Das Verkehrsministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Rahmen der Ausschreibungen und Vergaben von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr im Haushaltsjahr 2022 Garantien bis zur Gesamthöhe von 6 400 000 000 Euro zu übernehmen, mit denen es für die ordnungsgemäße Leistung des Schuldendienstes Dritter oder der Landesanstalt Schienenfahrzeuge Baden-Württemberg (SFBW), die Schienenfahrzeuge einem Eisenbahnverkehrsunternehmen entgeltlich überlassen, gegenüber dem Finanzierer der Schienenfahrzeuge einsteht (Kapitaldienstgarantie). Die Kapitaldienstgarantie umfasst auch den Schuldendienst der SFBW längstens bis zu fünf Jahre nach erstmaliger entgeltlicher Überlassung der Schienenfahrzeuge gegenüber dem Finanzierer ihres bis dahin entstehenden Aufwandes. Soweit die Inanspruchnahme der Garantieermächtigung aufgrund des Zuschlags bei den Ausschreibungsverfahren Netz 7a, Netz 18, Netz 35 und ETCS 2 noch im Haushaltsjahr 2021 erfolgt, vermindert sich die vorstehende Garantieermächtigung in entsprechender Höhe. Die vorstehenden Garantieermächtigungen vermindern sich auch, soweit die Vergabe der Verkehrsleistungen ohne eine Garantieübernahme erfolgt. Die Laufzeit der Kapitaldienstgarantien darf jeweils höchstens 28 Jahre betragen.

(4) Das Wissenschaftsministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zugunsten der staatlichen Museen, der Stiftung Zentrum für Kunst und Medien Karlsruhe, der Stiftung Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim und der Stiftung Akademie Schloss Solitude die Haftung des Landes für den Untergang oder die Beschädigung von Leihgaben für Ausstellungen zu garantieren, soweit nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit des Verleihers oder seines Erfüllungsgehilfen vorliegen. Bei einer Versicherungssumme über 5 000 000 Euro pro Leihgabe ist vor der Inanspruchnahme der Ermächtigung die Zustimmung des Wissenschaftsausschusses des Landtags einzuholen.

(5) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zugunsten der nicht rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts Staatliche Schlösser und Gärten Baden-Württemberg die Haftung des Landes für den Untergang oder die Beschädigung von Leihgaben für Ausstellungen zu garantieren, soweit nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit des Verleihers oder seines Erfüllungsgehilfen vorliegen. Bei einer Garantiesumme von über 5 000 000 Euro pro Leihgabe ist vor der Inanspruchnahme der Ermächtigung die Zustimmung des Finanzausschusses des Landtags einzuholen.

(6) Das Finanzministerium und das Umweltministerium werden ermächtigt, im Rahmen der unentgeltlichen Übertragung von Flurstücken der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf die NABU-Stiftung Nationales Naturerbe die nach dem Haushaltsrecht des Bundes auferlegenden Verpflichtungen zu übernehmen.

(7) Das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen für die Absicherung von Verbandskrediten von Wohnungseigentümergeinschaften gegenüber der Landeskreditbank Baden-Württemberg (L-Bank) nach Maßgabe des Förderprogramms Wohnungsbau Baden-Württemberg 2022 zur Finanzierung von energetischen Sanierungen und barrierearmen oder barrierefreien Modernisierungen des Wohnungsbestands und für die Absicherung von Krediten zum Erwerb von Genossenschaftsanteilen gegenüber der L-Bank nach Maßgabe des Förderprogramms Wohnungsbau Baden-Württemberg 2022 bis zur Höhe von insgesamt 50 000 000 Euro im Jahr 2022 zu übernehmen, sowie für die Absicherung von Krediten im Rahmen der Förderung von Wohnungsgenossenschaften hinsichtlich der Schaffung neuen sozialgebundenen Mietwohnraums nach Maßgabe des Förderprogramms Wohnungsbau Baden-Württemberg 2022 im Jahr 2022 bis zur Höhe von insgesamt 10 000 000 Euro unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips zu übernehmen.

(8) Vor der Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen sowie vor der Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der Förderung der gewerblichen Wirtschaft einschließlich des Tourismus und von Darlehen ist die Zustimmung des Wirtschaftsausschusses des Landtags erforderlich, wenn diese Finanzhilfe 500 000 Euro oder mehr beträgt. Der Zustimmung bedarf es nicht,

1. wenn der Empfänger der Finanzhilfe im Staatshaushaltsplan genannt ist,
2. bei der Gewährung von Finanzhilfen nach Satz 1 an Körperschaften des öffentlichen Rechts außerhalb der Förderung der gewerblichen Wirtschaft einschließlich des Tourismus,
3. bei der Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen nach Absatz 2 bis 7,
4. bei der Änderung von Finanzhilfen; die Erhöhung des Betrags einer Finanzhilfe sowie die Verlängerung der Laufzeit ist zustimmungspflichtig.

Finanzhilfen nach Satz 2 Nummer 2 und 3 sind dem Finanzausschuss des Landtags nach Abschluss des Haushaltsjahres mitzuteilen. Dem Finanzausschuss ist ferner über die nach Satz 1 geleisteten Finanzhilfen halbjährlich eine Übersicht zu geben, die mindestens den Empfänger, die Höhe sowie Art und Zweck der jeweiligen Finanzhilfe ausweist.

(9) Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen nach den Absätzen 1 bis 7 können auch in ausländischer Währung übernommen werden. Sie sind auf der Basis des vor Ausfertigung der Urkunde zuletzt ermittelten Euro-Referenzkurses der Europäischen Zentralbank auf den Höchstbetrag der Ermächtigung anzurechnen.

(10) Die Ermächtigungen nach den Absätzen 1 bis 7 für das Haushaltsjahr 2022 gelten, wenn das Staatshaushaltsgesetz für das Haushaltsjahr 2023 nicht vor dem 1. Januar 2023 verkündet wird, bis zur Verkündung dieses Gesetzes. Gewährleistungen, die aufgrund der weiter geltenden Ermächtigungen im Haushaltsjahr 2023 übernommen werden, sind auf die Ermächtigungen nach dem Staatshaushaltsgesetz 2023 nicht anzurechnen.

§ 5a

Rangrücktritt

Das Umweltministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium das Zurücktreten der Forderungen, die im Rahmen des Schadensfalls Böblingen aufgrund von Geothermiebohrungen im südlichen Hebungsgebiet gegen die Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft bestehen, gegenüber den Schadenersatzforderungen privater Grundstückseigentümer zu erklären.

§ 6

Deckungsfähigkeiten, dezentrale Finanzverantwortung

(1) Im Sinne von § 20 Absatz 1 LHO sind

1. einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig je für sich
 - a) die Ausgaben innerhalb der Titelgruppe 62 (Jubiläumsgaben und Jubiläumsgelder), der Titel 422 16, 431 01, 431 02, 432 01, 432 02, 432 07, 441 01, 443 02, 446 01 und 446 21 sowie im Kapitel 1212 Titel 441 02 und Titel 461 01;
 - b) im Einvernehmen der beteiligten Ministerien die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 69 (Aufwand für Informationstechnik – Titelgruppen und Einzeltitel), ausgenommen die Einzelpläne 01 (Landtag), 11 (Rechnungshof), 16 (Verfassungsgerichtshof), 17 (Die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit) sowie die Kapitel 0310 (Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst), 0436 (Allgemeine Schulangelegenheiten), 1424 und 1425 (Landesbibliotheken);
2. innerhalb der jeweiligen Einzelpläne gegenseitig deckungsfähig die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 69 (Aufwand für Informationstechnik – Titelgruppen und Einzeltitel), ausgenommen Kapitel 0436 (Allgemeine Schulangelegenheiten);

3. innerhalb des jeweiligen Einzelplans je für sich und gegenseitig deckungsfähig die Ausgaben des Titels 525 21 und der Titelgruppe 68 sowie einseitig deckungsfähig die Ausgaben des Titels 525 69 zugunsten der Ausgaben des Titels 525 21 und der Titelgruppe 68;
4. im Zuge der dezentralen Finanzverantwortung innerhalb der einzelnen Kapitel der Einzelpläne 01 bis 11, 13 und 16 bis 18 ohne das Kapitel Allgemeine Bewilligungen (Kapitel ...02) sowie innerhalb der Kapitel 1401, 1424, 1425, 1469 und 1495 – alle Einzelpläne beziehungsweise Kapitel ohne Titelgruppen 63 und 69 – gegenseitig deckungsfähig je für sich
- a) die Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppe 529, Titel 536 01, Titel 536 02 und Titel 546 51), der Gruppe 429 und der Titel 427 51, 428 06, 428 51 und 685 49 sowie in den Titelgruppen zusätzlich die Ausgaben der Titel der Gruppen 427 und 685;
- b) die Ausgaben der Obergruppe 81;
5. im Zuge der dezentralen Finanzverantwortung innerhalb der einzelnen Kapitel der Einzelpläne 01 bis 11, 13 und 16 bis 18, ohne Kapitel Allgemeine Bewilligungen (Kapitel ...02) sowie innerhalb der Kapitel 1401, 1424, 1425, 1469 und 1495 – alle Einzelpläne beziehungsweise Kapitel ohne Titelgruppen 63 und 69 – einseitig deckungsfähig je für sich
- a) die Ausgaben der Obergruppe 81 zugunsten der Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppe 529, Titel 536 01, Titel 536 02 und Titel 546 51), der Gruppe 429 und der Titel 427 51, 428 06, 428 51 und 685 49 sowie in den Titelgruppen zusätzlich zugunsten der Titel der Gruppen 427 und 685 bis zu 50 Prozent des Titelansatzes;
- b) die Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppe 529, Titel 536 01, Titel 536 02 und Titel 546 51), der Gruppe 429 und der Titel 427 51, 428 06, 428 51 und 685 49 sowie in den Titelgruppen zusätzlich die Ausgaben der Titel der Gruppen 427 und 685 zugunsten der Obergruppe 81 und der Titelgruppe 69.

Ausgenommen von der Deckungsfähigkeit gemäß Satz 1 Nummer 4 und 5 sind Kapitel 0310 ohne Titelgruppen 74, 76, 77 und 78, Kapitel 0315 Titelgruppe 70, Kapitel 0318 Titelgruppen 71 und 75, Kapitel 0403 Titelgruppe 89, Kapitel 0405 Titelgruppe 71, bei den Kapiteln 0405, 0408 und 0418 Titelgruppe 82, bei den Kapiteln 0405, 0408, 0410, 0416, 0418, 0420 und 0428 Titelgruppen 80 und 84, bei Kapitel 0436 Titelgruppen 69 und 84, Kapitel 0460, bei Kapitel 0439 Titelgruppen 69, 80, 91 und 92, Kapitel 0465 Titelgruppe 72, Kapitel 0508 Titel 685 75, Kapitel 0607 Titelgruppen 73, 74 und 75, Kapitel 0707 Titel 534 01, Kapitel 0708 Titelgruppen 79 und 86, Kapitel 0710, Kapitel 0804, Kapitel 0810 Titelgruppe 78, bei den Kapiteln 0809, 0810, 0812, 0817, 0823, 0827,

0835 Titelgruppe 79, Kapitel 0826 Titelgruppe 68, Kapitel 0913 Titel 534 01 und 534 02, Kapitel 0918 Titelgruppen 72, 75, 78, Kapitel 0919 Titel 534 01, 534 02 und Titel 685 75, Kapitel 0922 Titelgruppe 68 und Titel 685 76, Kapitel 1007 Titelgruppe 87, Kapitel 1008 Titelgruppe 79, Kapitel 1011 Titel 526 11 und Titelgruppe 70, Kapitel 1012 Titelgruppe 79, Kapitel 1303 Titelgruppe 78, Kapitel 1803 Titel 547 75, Kapitel 1804 Titelgruppe 76 und Kapitel 1806 Titel 534 75 und Ausgabentitel zur Bewirtschaftung von zweckgebundenen Einnahmen sowie Ansätze, die dem Kommunalen Investitionsfonds, dem Kommunalen Finanzausgleich, dem Wettmittelfonds gemäß § 11 oder den Spielbankerträgen gemäß § 12 entnommen sind. Soweit im Haushaltsplan durch Vermerke nach § 20 Absatz 1 LHO hiervon abweichende Regelungen getroffen sind, bleiben diese unberührt.

(2) Für die Ausgabentitel nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 bis 5 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 2 gilt die dezentrale Finanzverantwortung gemäß § 7a Absatz 1 LHO. Diese Ausgabentitel werden gemäß § 7a Absatz 2 in Verbindung mit § 19 Satz 2 LHO für übertragbar erklärt. Die bei diesen Titeln anfallenden, unverbrauchten, übertragbaren Bewilligungen (Ausgabereste), die über den Betrag der am Ende des Jahres nicht freigegebenen Globalsteuerungsreserve gemäß Absatz 3 hinausgehen, werden bis zu einem Betrag von 40 Prozent der Haushaltsansätze der Ausgabentitel nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 bis 5 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 2 nicht nach § 10 Absatz 2 in Abgang gestellt. Maßgeblich sind dabei die Haushaltsansätze im Jahr der Restebildung im jeweiligen Einzelplan.

Die darüberhinausgehenden Ausgabereste werden grundsätzlich automatisch nach § 10 Absatz 2 in Abgang gestellt. Die automatische Inabgangstellung erfolgt nicht, soweit im jeweiligen Einzelplan die Summe aller Ausgabereste gemäß § 6 auf Rechtsverpflichtungen im Sinne von § 45 Absatz 3 Satz 2 beruhen und diese Verpflichtungen nicht aus der Summe der jeweiligen Haushaltsansätze des Folgejahres finanziert werden können.

Die Begrenzung der zeitlichen Verfügbarkeit der Ausgabereste nach § 45 Absatz 2 LHO bleibt unberührt.

(3) 10 Prozent der Haushaltsansätze der Ausgabentitel nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 bis 5 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 2 bilden eine Globalsteuerungsreserve gemäß § 7a Absatz 5 LHO. Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Rahmen des Haushaltsvollzugs die Mittel entsprechend der Haushaltsentwicklung während des Jahres freizugeben.

(4) Aus im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b) einzelplanübergreifend umgeschichteten übertragbaren Mitteln können unbeschadet des § 45 Absatz 2 Satz 1 LHO bei dem von der Mittelumichtung begünstigten Titel Ausgabereste gebildet werden, soweit dies zur Erfüllung von am Ende des Haushaltsjahres bestehenden Rechtsverpflichtungen notwendig ist.

(5) Bei den Titeln 441 01 und 446 01 werden die Einnahmen aus der Eigenbeteiligung der Beihilfeberechtigten für die Inanspruchnahme von Wahlleistungen von den Ausgaben abgesetzt.

(6) Die Deckungsfähigkeiten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 bis 5 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 2 und die Regelungen zur Globalsteuerungsreserve gemäß Absatz 3 gelten in den Bereichen der Personalausgabenbudgetierung gemäß § 6a Absatz 1 jeweils ohne die Titel der Gruppe 429 und ohne Titel 427 51, 428 06 und 428 51.

(7) Für Landesbetriebe nach § 26 LHO gilt die dezentrale Finanzverantwortung gemäß § 7a Absatz 1 LHO.

(8) Die Erwirtschaftung von einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben kann mit Einwilligung des Finanzministeriums in besonders begründeten Ausnahmefällen durch einen anderen Einzelplan erfolgen, sofern die betroffenen Ressorts eingewilligt haben.

(9) Die Landesregierung wird ermächtigt, zur Umsetzung der Maßnahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche für die Jahre 2021 und 2022“ eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zu schließen.

§ 6a

Personalausgabenbudgetierung

(1) In den Kapiteln 0201, 0204, 0301 (ohne die Stellen des Polizeivollzugsdienstes), 0304, 0305, 0306, 0307 (Kapitel 0304 bis 0307 ohne die Stellen der Landesbetriebe, Kapitel 0306 ohne die Stellen der Forstdirektion), 0308, 0310, 0312, 0319, 0401, 0501, 0503, 0505, 0506, 0507, 0508, 0509, 0601, 0607, 0608, 0618, 0701, 0801, 0812, 0826, 0835, 0901, 0913, 1001, 1005, 1006, 1008, 1301, 1304, 1401, 1424, 1425, 1469, 1701, 1801 werden die Personalausgaben budgetiert.

(2) Das Personalausgabenbudget umfasst die Ausgaben der Obergruppen 42 und 45 ohne Gruppe 421, Titel 422 03, 422 16, 427 02, 427 53, 459 01, 459 52, 459 53 und Titel in Titelgruppen. Für die einbezogenen Ausgabentitel gilt die dezentrale Finanzverantwortung gemäß § 7a Absatz 1 LHO.

(3) Zur Verstärkung der Titel 422 01 und 428 01 können mit Einwilligung des Finanzministeriums Mittel zu Lasten von Kapitel 1212 Titel 461 01 umgesetzt werden. Bei Stellenumsetzungen in ein oder aus einem Kapitel gemäß Absatz 1 erhöhen oder vermindern sich mit Einwilligung des Finanzministeriums die Ansätze der betreffenden Personaltitel in den Personalausgabenbudgets sowie gegebenenfalls in den korrespondierenden, nicht in Absatz 1 enthaltenen Kapiteln entsprechend.

(4) Im Sinne von § 20 Absatz 1 LHO sind

1. die in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben untereinander uneingeschränkt deckungsfähig;

2. die in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben einseitig uneingeschränkt deckungsfähig zugunsten der Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54, des Titels 671 02 und der Obergruppe 81; ausgenommen von der Deckungsfähigkeit sind die Ausgaben der Gruppen 526 und 529, der Titel 536 01, 536 02, 546 51 und der Titel in Titelgruppen mit Ausnahme der Titelgruppe 68;

3. die Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 zugunsten der in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben mit der Einschränkung deckungsfähig, dass keine Dauerarbeitsverhältnisse begründet und Stellenabbauprogramme nicht dauerhaft aus Sachmitteln finanziert werden dürfen; ausgenommen von der Deckungsfähigkeit sind die Ausgaben der Gruppen 526 und 529, der Titel 536 01, 536 02 und 546 51 und der Titel in Titelgruppen mit Ausnahme der Titelgruppe 68;

4. die Ausgaben der Obergruppe 81 zugunsten der einbezogenen Personalausgaben bis zu 50 Prozent mit der Einschränkung deckungsfähig, dass keine Dauerarbeitsverhältnisse begründet und Stellenabbauprogramme nicht dauerhaft aus Sachmitteln finanziert werden dürfen; ausgenommen von der Deckungsfähigkeit sind die Ausgaben der Titel in Titelgruppen.

Ausgenommen von der Deckungsfähigkeit gemäß Satz 1 Nummer 2 bis 4 sind die Kapitel 0901 und 0913. § 6 bleibt unberührt.

(5) Die in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben werden gemäß § 7a Absatz 2 Nummer 2 LHO in Verbindung mit § 19 Satz 2 LHO für übertragbar erklärt.

(6) Eine Überschreitung des Personalausgabenbudgets ist zulässig. Der Ausgleich hat im nächsten Haushaltsjahr zu erfolgen. In begründeten Ausnahmefällen kann mit Einwilligung des Finanzministeriums der Ausgleich im übernächsten Jahr erfolgen. Eine drohende Budgetüberschreitung ist dem Finanzministerium unverzüglich anzuzeigen.

(7) Im Rahmen des Personalausgabenbudgets und der vorstehenden Flexibilisierungen gelten folgende weitere Flexibilisierungen bei der Stellenbewirtschaftung:

1. Bei der Besetzung von Stellen mit teilzeitbeschäftigten Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kann von § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 2 und 4 sowie Satz 3 abgewichen werden; die den Beschäftigungszeiten entsprechenden Stellen und Stellenbruchteile dürfen zusammengefasst die Gesamtzahl der in den Stellenplänen und Stellenübersichten für die Dienststellen veranschlagten Stellen nicht überschreiten.

2. Im Vorgriff auf das innerhalb der nächsten zwei Jahre erfolgende Ausscheiden einer Stelleninhaberin oder eines Stelleninhabers können Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter einer niedrigeren Besoldungsgruppe, sofern sie einen höher bewerteten Dienstposten innehaben, für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren im Wege der Vorab-Beförderung Bezüge aus dem nächst höheren besoldungsrechtlichen Amt erhalten, höchstens jedoch aus dem besoldungsrechtlichen Amt der ausscheidenden Person. Die einschlägigen beamten- und besoldungsrechtlichen Vorschriften sowie die Vorschriften des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes bleiben unberührt.
3. Aus dringenden dienstlichen Gründen können über die im Haushaltsplan ausgewiesenen Stellen hinaus für einen Zeitraum von bis zu zwölf Monaten zusätzliche Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt werden.
- Bei der Besetzung von Stellen im Sinne des Satzes 1 mit schwerbehinderten und diesen gleichgestellten behinderten Menschen im Sinne von § 2 Absatz 2 und 3 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch können über die im Haushaltsplan ausgewiesenen Stellen hinaus zusätzliche Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für einen Zeitraum von bis zu 24 Monaten beschäftigt werden.
4. Wird gemäß § 69 Absatz 5 LBG oder § 7d LRiStAG beziehungsweise über eine Einzelvereinbarung nach § 10 Absatz 6 TV-L die Ermäßigung der regelmäßigen Arbeitszeit zu einem zusammenhängenden Zeitraum zusammengefasst (Freistellungsjahr), können für die Dauer und in dem Umfang der Freistellung zusätzliche Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter beziehungsweise Tarifbeschäftigte beschäftigt werden.
5. Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber können bei dringendem Bedarf für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten über die im Haushaltsplan dafür ausgewiesenen Stellen hinaus als Beamtinnen und Beamte im Eingangsamts zusätzlich übernommen werden; in besonders begründeten Einzelfällen kann die Frist mit Zustimmung des Finanzministeriums auf bis zu ein Jahr verlängert werden.
6. Planstellen können innerhalb derselben Laufbahngruppe fachrichtungsübergreifend gegenseitig in Anspruch genommen werden; andere Stellen können fachrichtungsübergreifend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Die in Anspruch genommene Planstelle beziehungsweise andere Stelle muss mindestens derselben Besoldungs- beziehungsweise Entgeltgruppe entsprechen.
7. Im Rahmen der gesetzlichen Stellenobergrenzen können Planstellen der Besoldungsgruppe A 9 des gehobenen Dienstes auch für Beamtinnen und Beamte des mittleren Dienstes und Planstellen der Besoldungsgruppe A 13 des höheren Dienstes auch für Beamtinnen und Beamte des gehobenen Dienstes in Anspruch genommen werden.
- (8) Nicht in Abgang gestellte Ausgabereste nach Absatz 5 können zur Vergabe von Leistungsprämien an Beamtinnen und Beamte gemäß § 76 LBesGBW und in dessen entsprechender Anwendung zur Vergabe von außertariflichen Leistungsprämien an Tarifbeschäftigte verwendet werden.
- (9) Die für die Stellenbewirtschaftungsmaßnahmen nach Absatz 7 Nummer 2 erforderlichen Stellenhebungen mit dem Vermerk „künftig umzuwandeln“ und die für die Stellenbewirtschaftungsmaßnahmen nach Absatz 7 Nummer 3 bis 5 erforderlichen Stellen mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ gelten als vorübergehend geschaffen, soweit die Finanzierung im Rahmen des Personalausgabenbudgets und der nach den Absätzen 4 bis 6 zulässigen Deckung und Übertragbarkeit sichergestellt ist.
- (10) Die Flexibilisierungsregelungen des Absatzes 7 gelten auch für Landesbetriebe nach § 26 LHO mit Ausnahme der als Landesbetriebe geführten Hochschulen.
- (11) Die Absätze 1 bis 10 gelten, wenn das Staatshaushaltsgesetz für 2023 nicht vor dem 1. Januar 2023 verkündet wird, bis zur Verkündung dieses Gesetzes.

§ 7

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

- (1) Der Betrag, bis zu dem nach § 37 Absatz 1 Satz 4 LHO für eine Mehrausgabe kein Nachtragshaushaltsgesetz erforderlich ist, wird auf 7 500 000 Euro im Einzelfall festgesetzt.
- (2) § 37 Absatz 1 LHO ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass es eines Nachtragshaushaltsgesetzes nicht bedarf, wenn das Finanzministerium nach vorheriger Zustimmung des Finanzausschusses des Landtags in überplanmäßige Ausgaben bei Kapitel 0315 Titel 811 01 oder bei Kapitel 0922 Titelgruppe 74 sowie bei den Obergruppen 44 (Beihilfe, Unterstützung und dergleichen) der betroffenen Einzelpläne über den in Absatz 1 genannten Betrag hinaus einwilligt.
- (3) Für über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen nach § 38 Absatz 1 Satz 2 LHO gilt Absatz 1 entsprechend. Maßgebend ist die Höhe der voraussichtlich kassenwirksam werdenden Jahresbeträge.
- (4) § 38 Absatz 1 Satz 2 LHO ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass es eines Nachtragshaushaltsgesetzes

nicht bedarf, wenn das Finanzministerium nach vorheriger Zustimmung des Finanzausschusses des Landtags bei Kapitel 0315 Titel 811 01 oder bei Kapitel 0922 Titelgruppe 74 sowie bei den Obergruppen 44 (Beihilfe, Unterstützung und dergleichen) der betroffenen Einzelpläne in überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen über den in Absatz 3 genannten Betrag hinaus einwilligt.

(5) Der Betrag für die nach § 37 Absatz 4 LHO dem Landtag jährlich mitzuteilenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen wird auf 100 000 Euro festgesetzt.

(6) Das Finanzministerium hat dem Finanzausschuss des Landtags jährlich die beim Rechnungsabschluss in das jeweils folgende Haushaltsjahr übertragenen Ausgabereste mitzuteilen.

§ 7a

(weggefallen)

§ 7b

Ermächtigung aufgrund der Coronavirus-Pandemie

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die für die Vereinnahmung von finanziellen Beteiligungen des Bundes bzw. der EU im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie notwendigen Titel zu schaffen.

(2) Die Ausgabeermächtigung bei Kapitel 1212 Titel 919 01 erhöht sich in Höhe der Einnahmen gemäß Absatz 1.

§ 8

Vermögensgegenstände und Grundstücke

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, abweichend von § 63 Absatz 3 Satz 1 LHO und § 64 Absatz 4 Satz 1 LHO

1. landeseigene Grundstücke und Gebäude dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) unentgeltlich zur Nutzung zu überlassen,
2. den Kaufpreis oder den Erbbauzins für landeseigene Grundstücke, die zum Zwecke der sozial orientierten Förderung von Wohnraum abgegeben werden, unter Beachtung der EU-beihilferechtlichen Bestimmungen um höchstens 50 Prozent des Verkehrswertes beziehungsweise um höchstens 50 Prozent des vollen Erbbauzinses zu ermäßigen. Das Nähere regelt das Finanzministerium.

Der Einwilligung oder Unterrichtung des Landtags nach § 64 Absatz 2 LHO bedarf es in diesen Fällen nicht.

(2) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass von Landesdienststellen im Bereich der Datenverarbeitung entwickelte oder erworbene Programme unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung abgegeben werden, soweit Gegenseitigkeit besteht.

(3) Auf bei Kapitel 0832 Titel 356 01, Kapitel 1208 Titel 356 08 bis 356 31, 356 51 und 356 71, Kapitel 1209 Titel 356 01 und 356 02, Kapitel 1223 sowie bei Kapitel 1499 Titel 356 01 veranschlagte Entnahmen aus dem Forstgrundstock, dem Allgemeinen Grundstock und dem Unterabschnitt des Allgemeinen Grundstocks Digitalisierung und Mobilität findet § 113 Absatz 2 Satz 1 und 2 LHO keine Anwendung.

(4) Aus dem im Allgemeinen Grundstock eingerichteten Sonderfonds „Informations- und Kommunikations-Pool“ sind bei Vollkostenrechnung sich selbst refinanzierende Informations-, Kommunikations- und andere Reformprojekte der Landesverwaltung durchzuführen, die nicht anderweitig finanziert werden können.

(5) Das Finanzministerium wird ermächtigt, in Abweichung von § 63 Absatz 2 LHO die Veräußerung zur Erfüllung der Aufgaben des Landes weiterhin benötigter Vermögensgegenstände zuzulassen, wenn auf diese Weise die Aufgaben des Landes nachweislich wirtschaftlicher erfüllt werden können. § 64 LHO bleibt unberührt.

(6) Zwischen dem „Sondervermögen Studienfonds“ und dem Land findet kein Kostenersatz statt. § 61 LHO findet keine Anwendung.

(7) Das Sozialministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium Verpflichtungen bis zur Höhe von 21 500 000 Euro im Rahmen eines Vertragsabschlusses zur Beschaffung von Impfstoffen einzugehen.

(8) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Kulturgüter, die entsprechend der Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz von 1999 als NS-verfolgungsbedingt entzogen zu gelten haben, den Berechtigten unentgeltlich überträgt. Dies umfasst auch die Rückgaben aufgrund von Empfehlungen der Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz. In Fällen von besonderer Bedeutung ist eine Befassung der Landesregierung erforderlich.

(9) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Kulturgüter und andere Objekte, die aus kolonialen Kontexten stammen und nach Würdigung der Gesamtumstände nicht im Landeseigentum verbleiben sollen, insbesondere weil ihre Aneignung rechtlich oder ethisch heute nicht mehr vertretbarer Weise erfolgte, an den Herkunftsstaat, an Vertreter der Herkunftsgesellschaft, den Berechtigten oder an eine geeignete Institution unentgeltlich überträgt. In Fällen von besonderer Bedeutung ist eine Befassung der Landesregierung erforderlich.

(10) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Kulturgüter, welche im Ersten oder im Zweiten Weltkrieg unrechtmäßig verbraucht wurden, an den Staat, dem sie nach Würdigung der Gesamtumstände zuzuordnen sind, oder an den Berechtigten unentgeltlich überträgt. In Fällen von besonderer Bedeutung ist eine Befassung der Landesregierung erforderlich.

(11) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst aus dem Ausland stammende Kulturgüter und andere Objekte, die unter Verstoß gegen das jeweilige Landesrecht erworben oder ausgeführt wurden und nach Würdigung der Gesamtumstände nicht im Landeseigentum verbleiben sollen, an den Herkunftsstaat, an Vertreter der Herkunftsgesellschaft, den Berechtigten oder an eine geeignete Institution unentgeltlich überträgt. In Fällen von besonderer Bedeutung ist eine Befassung der Landesregierung erforderlich.

§ 9

Umsetzungen

(1) Zur Erzielung zusätzlicher Einsparungen bei Flächenkosten mit Hilfe der Nutzer durch die Staatliche Vermögens- und Hochbauverwaltung kann das Finanzministerium zusätzliche Mieteinnahmen bei Kapitel 1209 Titel 124 01 sowie aus Verkaufserlösen abgeleitete kalkulatorische Mieteinsparungen und Einsparungen bei Kapitel 1209 Titel 518 01 und Titel 518 11 jeweils bis zur Hälfte und auf die Dauer von höchstens fünf Jahren der nutzenden Dienststelle für Mehrausgaben überlassen. Die Ausgabeermächtigung der jeweiligen Dienststelle erhöht sich entsprechend. Die entsprechenden Mittel gelten als umgesetzt im Sinne von § 50 Absatz 1 LHO und sind übertragbar. Sie sind von der nutzenden Dienststelle vorrangig für die Fortbildung der Bediensteten sowie zur Verbesserung der Ausstattung insbesondere im Informations- und Kommunikationsbereich zu verwenden. Das Nähere regelt das Finanzministerium.

(2) Zur Erprobung eines finanziellen Anreizsystems im Bereich der Gebäudebewirtschaftung kann das Finanzministerium bei Kapitel 1209 Titel 517 01 und Titel 517 05 erzielte Betriebskosteneinsparungen, die sich aus einem optimierten Nutzerverhalten ergeben, bis zur Hälfte der jeweils nutzenden Dienststelle überlassen. Die Ausgabeermächtigung der jeweiligen Dienststelle erhöht sich entsprechend. Die entsprechenden Mittel gelten als umgesetzt im Sinne von § 50 Absatz 1 LHO. Das Nähere regelt das Finanzministerium.

(3) Zur Umsetzung der Neuordnung der Informationstechnologie des Landes können mit Einwilligung des Finanzministeriums Haushaltsermächtigungen in analoger Anwendung von § 50 Absatz 1 bis 4 LHO innerhalb des jeweiligen Einzelplans sowie zwischen dem jeweiligen

Einzelplan und dem Kapitel 0309 ausgabenartübergreifend und unter Anpassung der Zweckbestimmung umgesetzt werden. Entsprechendes gilt für Einnahmen. Die Schaffung zusätzlicher Stellen ist hierbei ausgeschlossen.

(4) § 3a Absatz 1 Nummer 2 Finanzausgleichsgesetz ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass im Jahr 2022 aus dem Kommunalen Investitionsfonds Mittel in Höhe von bis zu 650 000 Euro für nicht investive Zwecke entnommen werden dürfen.

§ 10

Ausgabereste

(1) Das Finanzministerium kann zulassen, dass bei einem Sammeltitel mit übertragbarer Bewilligung ein höherer Betrag in Rest gestellt wird als der unverwendet gebliebene Betrag oder dass ein Betrag auch noch in Rest gestellt wird, wenn schon eine Überschreitung des Titels vorliegt.

(2) Die Landesregierung kann unverbrauchte, übertragbare Bewilligungen für das Haushaltsjahr 2021 (Ausgabereste) in Abgang stellen. Die hiervon betroffenen Bewilligungen gelten insoweit als abgeschlossen. Satz 1 gilt nicht für übertragbare Bewilligungen, bei denen zweckgebundene Einnahmen ihrem Verwendungszweck noch nicht zugeführt worden sind. § 6 Absatz 2 und 4 bleibt unberührt.

§ 11

Verwendung von Mitteln des Wettmittelfonds nach § 12 Absatz 2 des Landesglücksspielgesetzes

Der Wettmittelfonds nach § 12 Absatz 2 des Landesglücksspielgesetzes beträgt für das Haushaltsjahr 2022 132 365 400 Euro. Die Mittel des Fonds sind nach Maßgabe des Staatshaushaltsplanes zu 44 Prozent für die Förderung der Kultur, zu 45 Prozent für die Förderung des Sports und zu 11 Prozent für die Förderung sozialer Zwecke zu verwenden.

§ 12

Verwendung von Erträgen nach § 36 des Landesglücksspielgesetzes

§ 36 des Landesglücksspielgesetzes ist für das Haushaltsjahr 2022 mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Einnahmen der in § 36 Landesglücksspielgesetz genannten Erträge in Höhe von insgesamt bis 49 048 000 Euro für die in § 36 Landesglücksspielgesetz genannten Zwecke nach näherer Bestimmung durch den Staatshaushaltsplan verwendet werden.

§ 13

Anordnungsermächtigung des Finanzministeriums

Das Finanzministerium kann die zum Vollzug dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen erlassen.

§ 14

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.“

II. Die Landesregierung zu ersuchen,

zukünftig in den Förderbescheiden sowie bei deren Übergabe, der Benachrichtigung von Zuwendungen oder auch bei anderen Gelegenheiten mit folgendem Hinweis die Bedeutung des Landtags von Baden-Württemberg in diesem Zusammenhang hervorzuheben:

„Finanziert aus Landesmitteln, die der Landtag Baden-Württemberg beschlossen hat.“

III. Kenntnis zu nehmen:

Von dem Antrag des Abg. Nicolas Fink u. a. SPD und der Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen
– Mehr bezahlbare Wohnungen auf landeseigenen Grundstücken schaffen
– Drucksache 17/771.

3.12.2021

Der Berichterstatter:

Norbert Knopf

Der Vorsitzende:

Martin Rivoir

**Anlage zum Staatshaushaltsgesetz
Gesamtplan**
1. Haushaltsübersicht für das Haushaltsjahr 2022

Epl.	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Verwaltungs- einnahmen	Übrige Einnahmen	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
01	Landtag	-	105,0	525,0	630,0	92.314,5
02	Staatsministerium	-	1.552,5	1.090,2	2.642,7	38.175,2
03	Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen	-	89.389,6	92.142,1	181.531,7	3.030.515,1
04	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	-	2.608,9	19.942,0	22.550,9	11.307.619,7
05	Ministerium der Justiz und für Migration	-	750.453,1	20.435,0	770.888,1	1.409.306,6
06	Ministerium für Finanzen	-	194.994,0	101.281,0	296.275,0	1.342.340,1
07	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus	-	842,8	101.455,0	102.297,8	69.151,3
08	Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	2.875,0	12.652,2	280.739,0	296.266,2	355.767,5
09	Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration	-	6.041,6	139.209,7	145.251,3	123.164,4
10	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	99.500,0	58.859,2	40.775,3	199.134,5	159.418,2
11	Rechnungshof	-	1,0	-	1,0	27.151,9
12	Allgemeine Finanzverwaltung	42.879.048,0	263.016,0	9.929.833,2	53.071.897,2	1.257.455,3
13	Ministerium für Verkehr	-	809,1	1.165.773,0	1.166.582,1	57.951,3
14	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	-	97.235,8	783.215,2	880.451,0	1.471.295,8
16	Verfassungsgerichtshof	-	20,0	-	20,0	546,2
17	Die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	-	501,8	-	501,8	4.884,4
18	Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen	-	2.633,0	285.873,1	288.506,1	23.162,9
Summe		42.981.423,0	1.481.715,6	12.962.288,8	57.425.427,4	20.770.220,4

Gesamtplan							2022
Sächl. Verwaltungs- ausgaben Schuldendienst	Zuweisungen und Zuschüsse/ohne Investitionen	Ausgaben für Investitionen	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (-)	Verpflichtungs- ermächtigungen	Epl.
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
13.934,3	17.122,5	3.635,0	-	127.006,3	126.376,3 -	-	01
22.785,5	12.590,6	648,8	-3.037,7	71.162,4	68.519,7 -	6.408,0	02
289.840,5	118.116,8	385.472,8	25.685,2	3.849.630,4	3.668.098,7 -	1.132.040,1	03
94.494,5	1.777.066,5	296.298,4	-137.388,5	13.338.090,6	13.315.539,7 -	457.884,0	04
645.863,4	662.648,6	16.565,4	254,6	2.734.638,6	1.963.750,5 -	9.391,9	05
156.248,2	368.042,0	19.696,2	40,3	1.886.366,8	1.590.091,8 -	87.410,7	06
11.735,4	448.825,0	110.668,9	-6.542,9	633.837,7	531.539,9 -	176.488,8	07
89.363,1	448.215,2	299.060,1	-17.532,0	1.174.873,9	878.607,7 -	312.780,0	08
70.133,2	1.352.543,0	665.307,7	-17.065,2	2.194.083,1	2.048.831,8 -	447.296,0	09
106.401,9	154.516,7	315.542,5	528,0	736.407,3	537.272,8 -	442.312,0	10
1.057,4	2,0	-	-	28.211,3	28.210,3 -	-	11
2.225.554,7	13.551.419,4	2.219.389,1	2.328.946,2	21.582.764,7	31.489.132,5 +	1.109.231,0	12
117.710,4	1.546.993,1	734.607,5	-2.220,8	2.455.041,5	1.288.459,4 -	10.873.467,3	13
160.647,8	3.980.898,3	460.966,5	-131.265,3	5.942.543,1	5.062.092,1 -	87.679,0	14
74,6	-	6,6	-	627,4	607,4 -	-	16
549,0	5,0	35,0	-	5.473,4	4.971,6 -	-	17
23.006,9	291.835,3	329.728,1	-3.064,3	664.668,9	376.162,8 -	555.983,0	18
4.029.400,8	24.730.840,0	5.857.628,6	2.037.337,6	57.425.427,4	0,0 +	15.698.371,8	

Gesamtplan**2. Finanzierungsübersicht für das Haushaltsjahr 2022**

	2022
	Tsd. EUR
Einnahmen	
Gesamteinnahmen	57.425.427,4
ab: Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt	-958.413,8
Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	1.033.900,0
Einnahmen aus Überschüssen	2.826.827,9
Netto-Einnahmen	<u>54.523.113,3</u>
Ausgaben	
Gesamtausgaben	57.425.427,4
ab: Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	2.339.646,2
Deckung von Fehlbeträgen	0,0
Netto-Ausgaben	<u>55.085.781,2</u>
Finanzierungssaldo gem. § 13 Abs. 4 LHO	<u>-562.667,9</u>

3. Kreditfinanzierungsplan für das Haushaltsjahr 2022

	2022
	Tsd. EUR
Einnahmen aus Krediten	
Bruttokreditaufnahme am Kreditmarkt einschließlich des Betrags für Tilgungen, Krediten aus öffentlichen Sondermitteln	23.783.138,2
Summe	<u>23.783.138,2</u>
Ausgaben zur Schuldentilgung	
Tilgung von Krediten des Bundes	14.700,0
Tilgung von Kreditmarktschulden einschließlich Schulden aus öffentlichen Sondermitteln	24.741.552,0
Summe	<u>23.783.138,2</u>
Netto-Kreditaufnahme im Bereich des Bundes	-14.700,0
Netto-Kreditaufnahme am Kreditmarkt	-958.413,8
Netto-Kreditaufnahme insgesamt	-973.113,8

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen hat den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2022 (Staatshaushaltsgesetz 2022 – StHG 2022) – Drucksache 17/1000 sowie den Antrag des Abg. Nicolas Fink u. a. SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen – Mehr bezahlbare Wohnungen auf landeseigenen Grundstücken schaffen – Drucksache 17/771 in seiner 11. Sitzung am 3. Dezember 2021 beraten.

Die zu dieser Gesetzesberatung schriftlich eingebrachten Änderungsanträge StHG/1, StHG/3 bis StHG/5 sowie der Entschließungsantrag StHG/2 sind diesem Bericht beigelegt (*siehe Anlagen*).

Der Berichterstatter führt aus, das vorliegende Staatshaushaltsgesetz gelte als Zeitgesetz nur für das Haushaltsjahr 2022 und diene der Feststellung des Haushaltsvolumens für das Jahr 2022. Ihm sei aufgefallen, dass der Betrag nicht centgenau festgelegt werde. Darüber hinaus enthalte das Staatshaushaltsgesetz allgemeine und haushaltstechnische Regelungen, die gegenüber dem Betrags- und Stellenteil „vor die Klammer gezogen“ würden.

Gegenüber dem Staatshaushaltsgesetz 2020/21 ergäben sich die folgenden wesentlichen Änderungen:

In Absatz 14 von § 4 – Kreditaufnahme – werde die haushaltsrechtliche Ermächtigung zur Tilgung von Notkrediten mit Mitteln, die coronabedingt der Rücklage für Haushaltsrisiken zugeflossen seien, aber zu diesem Zweck nicht mehr benötigt würden, verankert. Eine entsprechende Verwendung erfordere die Zustimmung des Finanzausschusses des Landtags.

In § 4 Absatz 15 werde die haushaltsrechtliche Ermächtigung zur Sondertilgung von Notkrediten aus Mitteln, die dem Beteiligungsfonds entnommen worden seien, festgelegt.

Gemäß Absatz 1 von § 5 – Gewährleistungen – solle der Bürgschaftsrahmen auf 2 Milliarden € zurückgeführt werden. Das coronabedingt grundsätzlich höhere Niveau werde jedoch beibehalten, weil auch im Jahr 2022 mit einer höheren Nachfrage gerechnet werde und die Rückbürgschafts- und Rückgarantieerklärungen gegenüber der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg für den Zeitraum von 2023 bis 2027 ausgebracht werden müssten.

In § 5 Absatz 2 Nummer 1 werde ein Bürgschaftsrahmen in Höhe von 500 Millionen € zugunsten der in dieser Bestimmung genannten Unternehmen des Landes und deren Tochtergesellschaften festgelegt, um coronabedingte Auswirkungen auffangen zu können. Mit dem Betrag von 500 Millionen € könnten die hundertprozentigen Tochtergesellschaften des Landes bei Bedarf mit den für Finanzierungen notwendigen Bürgschaften ausgestattet werden.

Mit der Regelung in § 5 Absatz 2 Nummer 4 werde der Bürgschaftsrahmen zugunsten der Landesmesse Stuttgart GmbH sowie der Flughafen Stuttgart GmbH bis zu einer Höhe von 200 Millionen € fortgeführt, weil diese die Auswirkungen der Coronapandemie besonders getroffen hätten. Die entstandenen und voraussichtlich weiterhin entstehenden Verluste müssten auch durch die Aufnahme von Fremdmitteln aufgefangen werden.

In § 5 Absatz 3 werde die Erhöhung der Garantiermächtigung zugunsten der Landesanstalt Schienenfahrzeuge Baden-Württemberg festgelegt. Aufgrund einer haushaltsrechtlichen Neubewertung würden Garantiermächtigungen bereits zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Vergabeunterlagen und auch zum Zeitpunkt des Zuschlags erforderlich. Ansonsten würde der Haushaltsgesetzgeber unter einen faktischen Zugzwang geraten, die Garantiermächtigung für den Zuschlag zu erteilen. Zur Wahrung der Budgethoheit des Parlaments müssten daher die Garantiermächtigungen zu beiden Zeitpunkten vorliegen, was dazu

führen könne, dass diese in mehreren Haushaltsjahren benötigt würden. Dadurch könne die Gesamtsumme der Garantieermächtigungen steigen, ohne dass das tatsächliche Risiko der Inanspruchnahme in entsprechender Höhe steigen würde.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD nimmt Bezug auf den von ihm initiierten Antrag Drucksache 17/771 und erinnert daran, der Ausschuss habe sich in seiner gestrigen Sitzung ausführlich über das Thema Wohnen ausgetauscht. Deshalb könne er heute darauf verzichten, weitere Ausführungen dazu zu machen. Er bedanke sich herzlich für die Stellungnahme der Landesregierung zu diesem Antrag.

Der Vorsitzende stellt Einvernehmen zu dem Vorschlag fest, zunächst eine Allgemeine Aussprache zu dem Gesetzentwurf in Gänze mitsamt den hierzu gestellten Anträgen durchzuführen, danach über die vier Änderungsanträge einzeln abstimmen zu lassen, bevor schließlich über den Gesetzentwurf insgesamt und den vorliegenden Entschließungsantrag abgestimmt werde.

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP geht auf den Änderungsantrag StHG/3 der Regierungsfractionen ein und zeigt auf, der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass aufgrund des neuen Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder mit einer zusätzlichen Belastung in Höhe von insgesamt 190 Millionen € für den Landeshaushalt gerechnet werden müsse. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, wie sich die Hebungen der Eingangssämter, die in dem Änderungsantrag aufgeführt seien, finanziell auswirkten.

Aufgrund entsprechender Urteile des Bundesverfassungsgerichts habe die Landesregierung in Sachen Besoldungsrecht reagieren müssen, wobei eine wirkliche Reform des Besoldungsrechts im öffentlichen Dienst noch ausstehe. Nach seinem Dafürhalten (Redner) gehe es nicht an, dass die unteren Besoldungsgruppen sozusagen aufgelöst würden, weil dadurch auch das Gehaltsgefüge ins Wanken komme. Insofern wolle er wissen, ob und gegebenenfalls wann eine Reform des Besoldungsrechts geplant sei oder ob zunächst einmal die unteren Besoldungsgruppen abgeschmolzen würden.

Die Staatssekretärin im Ministerium für Finanzen antwortet, der Änderungsantrag StHG/3 sei lediglich die Vorbereitung für eine Änderung des Landesbesoldungsgesetzes. Mit diesem Änderungsantrag solle die Möglichkeit geschaffen werden, die entsprechenden Änderungen im Haushaltsjahr 2022 umzusetzen. Sie könne heute noch nicht beziffern, wie hoch die finanziellen Auswirkungen seien, weil die gesamte Thematik zunächst einmal im Zuge der Befassung mit dem Landesbesoldungsgesetz im Landtag beraten werden müsse.

Eine der Komponenten als Reaktion auf die Urteile des Bundesverfassungsgerichts sei die Änderung bei den Besoldungsgruppen gemäß dem vorliegenden Änderungsantrag. Dies sei aus der Sicht des Finanzministeriums die beste Möglichkeit, um mit den Urteilen umzugehen, die alle Länder vor die Frage stellten, wie das Besoldungsrecht verfassungsfest gestaltet werden könne.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE äußert, die Frage des Abgeordneten der Fraktion der FDP/DVP hinsichtlich des Besoldungsrechts sei durchaus berechtigt. Bei dieser Thematik bedürfe es einer sehr engen Abstimmung mit dem Finanzministerium. Bekanntermaßen habe das Bundesverfassungsgericht drei Urteile für Bundesländer gefällt, die nun umgesetzt werden müssten. Dabei sei die Berücksichtigung der unteren Besoldungsgruppen ein zentraler Baustein. Derzeit ließen sich noch keine Ergebnisse vorlegen, weil zunächst einmal verhandelt werden müsse. Die Staatssekretärin habe bereits darauf hingewiesen, dass der Änderungsantrag StHG/3 eine vorbereitende Maßnahme sei, um die entsprechenden Prozesse überhaupt zu ermöglichen und darzustellen, in welche Richtung das Ganze gehen solle.

Ein Vertreter des Ministeriums für Finanzen teilt auf Frage des Abgeordneten der Fraktion der SPD hinsichtlich eines Zeitplans für die Befassung des Landtags mit einem Gesetzentwurf zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes mit,

voraussichtlich im ersten Quartal des nächsten Jahres werde der entsprechende Gesetzentwurf in die Ressortabstimmung gegeben. Anschließend stehe das Anhörungsverfahren an, bevor dann der Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht werde. Das Finanzministerium strebe nach heutigem Planungsstand an, dass der Gesetzentwurf möglichst im Herbst 2022 verabschiedet werde.

Ein weiterer Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP führt aus, die Problematik, die das Bundesverfassungsgericht in seinen Urteilen aufgegriffen habe, gehe über die Änderung des Staatshaushaltsgesetzes 2022, die der Änderungsantrag StHG/3 der Regierungsfractionen begehre, hinaus. Bekanntermaßen müsse die Besoldung der Beamtinnen und Beamten in der untersten Besoldungsgruppe mindestens 15 % über dem Grundsicherungsniveau liegen. Ihm stelle sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie bei der nächsten Erhöhung der Grundsicherung verfahren werden solle und welcher Zeitraum dem Landesgesetzgeber dann für eine Gesetzesänderung zur Verfügung stehe.

Die Staatssekretärin im Ministerium für Finanzen erklärt, diese Thematik werde den Landesgesetzgeber sicherlich noch weiterhin beschäftigen. Grundsätzlich müsse er sich nach dem Alimentationsprinzip mit den jeweiligen Interpretationen des Bundesverfassungsgerichts richten. Änderungen auf bundesgesetzlicher Ebene, die Auswirkungen auch auf die Länder hätten, führten zweifelsohne zu Nachjustierungen.

Der zuerst genannte Abgeordnete der Fraktion der FDP/DVP fragt, ob es bezüglich der Übertragung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf die Beamtinnen und Beamten einen Zeitplan gebe.

Der Vertreter des Ministeriums für Finanzen antwortet, der Tarifabschluss beinhalte im Wesentlichen zwei Komponenten, nämlich zum einen eine Coronasonderzahlung an die Tarifbeschäftigten und zum anderen eine lineare Steigerung der Gehälter um 2,8 % zum 1. Dezember 2022. Wenn entschieden worden sei, die Sonderzahlung auf den Besoldungsbereich zu übertragen, werde ein Gesetzgebungsverfahren initiiert, das lediglich die Sonderzahlung beinhalte, weil in diesem Zusammenhang der Aspekt der Steuerfreiheit nach § 3 Nummer 11 a des Einkommensteuergesetzes beachtet werden müsse. Die Steuerfreiheit sei derzeit nur dann gewährt, wenn bis Ende März ausgezahlt werde. Die Übertragung der linearen Steigerung der Gehälter auf die Beamtinnen und Beamten wiederum solle Teil des Gesetzentwurfs sein, den er bereits vorhin erwähnt habe und der im Herbst kommenden Jahres verabschiedet werden solle.

Der Änderungsantrag StHG/1 wird mehrheitlich abgelehnt.

Dem Änderungsantrag StHG/3 wird mehrheitlich zugestimmt.

Den Änderungsanträgen StHG/4 und StHG/5 wird jeweils einstimmig zugestimmt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in § 1 und in der Anlage zum Staatshaushaltsgesetz infolge der vom Ausschuss gefassten Beschlüsse die Beträge des in Einnahme und Ausgabe festgestellten Haushaltsvolumens geändert werden müssten. § 1 laute dann wie folgt:

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Staatshaushaltsplan des Landes Baden-Württemberg wird in Einnahme und Ausgabe auf 57 425 427 400 € festgestellt.

Unter Berücksichtigung dieser Änderung sowie der im Übrigen beschlossenen Änderungen (Anträge StHG/3 bis StHG/5) wird dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/1000, im Ganzen mehrheitlich zugestimmt.

Dem Entschließungsantrag StHG/2 wird mehrheitlich zugestimmt.

Einvernehmlich empfiehlt der Ausschuss dem Plenum, den Antrag Drucksache 17/771 für erledigt zu erklären.

6.12.2021

Norbert Knopf

Landtag von Baden-Württemberg
17. Wahlperiode**StHG/1****Änderungsantrag**
der Fraktion der AfD**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**
– Drucksache 17/1000**Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für**
das Haushaltsjahr 2022 (Staatshaushaltsgesetz 2022 – StHG 2022)

Der Landtag wolle beschließen:

§ 2 wird wie folgt gefasst:

„§ 2 Stelleneinsparverpflichtungen

Für die Ministerien der Landesverwaltung wird ein Stelleneinsparprogramm festgelegt. Dabei sind von den im Staatshaushaltsplan bei den Ministerien in den Stellenplänen und Stellenübersichten ausgewiesenen Planstellen und anderen Stellen durch die Landesregierung im Jahr 2022 mindestens 415 Stellen netto einzusparen. Die Entscheidung darüber, wie diese Gesamtzahl über die Ministerien verteilt wird, steht im Ermessen der Landesregierung.“

30.11.2021

Gögel, Dr. Podeswa, Dr. Hellstern und Fraktion

Begründung

Während des Zeitraums von 2012 bis 2021 ist der Beamten- und Angestelltenapparat in der Landesverwaltung überproportional angewachsen und verzeichnet eine Steigerungsrate von 43 Prozent. Der für das Haushaltsjahr 2022 eingeplante Personaletat beträgt samt Nebenkosten und Pensionen rd. 24 Milliarden Euro.

Es ist damit eine Vergrößerung der Verwaltungsstrukturen eingetreten, die mit den Anforderungen an eine effektiv handelnde Exekutive nicht mehr vereinbar werden kann. Die beantragte Gesetzesänderung soll die Landesregierung dementsprechend verpflichten, auf dem Weg zu einer dringend erforderlichen internen Verwaltungsreform eine Trendumkehr einzuleiten.

Landtag von Baden-Württemberg
17. Wahlperiode

StHG/2

Antrag
der Fraktion GRÜNE
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/1000

Entschießung zu dem Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2022

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

zukünftig in den Förderbescheiden sowie bei deren Übergabe, der Benachrichtigung von Zuwendungen oder auch bei anderen Gelegenheiten mit folgendem Hinweis die Bedeutung des Landtags von Baden-Württemberg in diesem Zusammenhang hervorzuheben:

„Finanziert aus Landesmitteln, die der Landtag Baden-Württemberg beschlossen hat.“

30.11.2021

Schwarz, Andreas, Sckerl, Dr. Rösler und Fraktion
Hagel, Deuschle, Wald, Schweizer und Fraktion
Stoch, Binder, Fink, Rivoir und Fraktion
Dr. Rülke, Haußmann, Brauer und Fraktion

Begründung

Die Bedeutung des Landtags als Haushaltsgesetzgebers soll in Zukunft beim Erlass und in der Folge von Förderbescheiden mit der Finanzierung aus Landesmitteln deutlich zum Ausdruck kommen. Denn die Förderung erfolgt aus den vom Landtag über den Staatshaushalt zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln.

Landtag von Baden-Württemberg
17. Wahlperiode**StHG/3****Änderungsantrag**
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDUzu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/1000**Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für
das Haushaltsjahr 2022 (Staatshaushaltsgesetz 2022 – StHG 2022)**

Der Landtag wolle beschließen:

§ 3 wird folgender Absatz angefügt:

„(22) Das Finanzministerium wird zur Umsetzung besoldungsrechtlicher Änderungen ermächtigt, die für Hebungen der Eingangssämter des mittleren Dienstes von Besoldungsgruppe A 7 nach A 8, des gehobenen nichttechnischen Dienstes von Besoldungsgruppe A 9 nach A 10 und des gehobenen technischen Dienstes von Besoldungsgruppe A 10 nach A 11 erforderlichen Planstellen zu schaffen und in gleicher Zahl die niederwertigeren Stellen zu streichen. Satz 1 gilt für Hebungen der Eingangssämter in den Laufbahnen der Amtsmeisterinnen und Amtsmeister, Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister sowie Wartinnen und Warte von Besoldungsgruppe A 6 nach A 7 und für Hebungen der Beförderungssämter dieser Laufbahnen von Besoldungsgruppe A 7 nach A 8 entsprechend. Satz 1 gilt nach Maßgabe einer besoldungsgesetzlichen Überleitungsregelung ferner für Hebungen von Endämtern und weiteren Ämtern des mittleren Dienstes entsprechend. Voraussetzung für die Schaffung der Planstellen ist, dass im Rahmen einer Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg entsprechende Ämteranhebungen vorgenommen beziehungsweise Überleitungsregelungen getroffen wurden. Die Schaffung der Planstellen ist frühestens am Tag des Inkrafttretens der vorgenannten Änderungen möglich. Die insoweit geschaffenen Stellen gelten als planmäßig. Die Stellenzugänge und Stellenwegfälle sind im nächsten Staatshaushaltsplan zu veranschlagen.“

30.11.2021

Schwarz, Andreas, Dr. Rösler, Bay, Evers, Knopf, Pix, Saebel, Salomon, Seimer und Fraktion
Hagel, Wald, Hockenberger, Mack, Dr. Reinhart, Dr. Schütte, Schweizer und Fraktion**Begründung**

Mit der Ermächtigung soll die Umsetzung von in Aussicht genommenen, besoldungsrechtlichen Änderungen bei der Ämterbewertung und erforderlichen Überleitungsregelungen hinsichtlich der hierfür notwendigen stellenmäßigen Voraussetzungen ermöglicht werden.

Landtag von Baden-Württemberg
17. Wahlperiode**StHG/4****Änderungsantrag**
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDUzu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/1000**Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für
das Haushaltsjahr 2022 (Staatshaushaltsgesetz 2022 – StHG 2022)**

Der Landtag wolle beschließen:

§ 4 wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 15 wird die Zahl „474 000 000“ durch die Zahl „484 700 000“ ersetzt.
2. Es werden folgende Absätze 16 und 17 angefügt:

„(16) Das Finanzministerium wird im Haushaltsjahr 2022 ermächtigt, Schulden am Kreditmarkt in Höhe von 457 300 000 Euro zu tilgen. Der Tilgungsbetrag wird in Abzug gebracht von der in Anspruch genommenen Höhe der Ausnahmekomponente gemäß § 18 Absatz 6 LHO auf Grund der Naturkatastrophe der Coronavirus-Pandemie.

(17) Das Finanzministerium wird unabhängig von den vorstehenden Tilgungsermächtigungen verpflichtet, im Haushaltsjahr 2022 Schulden am Kreditmarkt in Höhe von 16 413 800 Euro zu tilgen.“

30.11.2021

Schwarz, Andreas, Dr. Rösler, Bay, Evers, Knopf, Pix, Saebel, Salomon, Seimer und Fraktion
Hagel, Wald, Hockenberger, Mack, Dr. Reinhart, Dr. Schütte, Schweizer und Fraktion**Begründung**

Zu Ziffer 1:

Ursprünglich sollten aus dem Sondervermögen Beteiligungsfonds Mittel in Höhe von 980 000 000 Euro im Haushaltsjahr 2022 entnommen werden. Nachdem mittlerweile die Gewährungsfrist für Stabilisierungsmaßnahmen nach dem BetFoG abgelaufen und zwischenzeitlich sicher ist, dass nur eine Stabilisierungsmaßnahme durch den Beteiligungsfonds gewährt wurde und zu verwalten ist, ist eine weitere Reduzierung des Volumens des Beteiligungsfonds um 10 700 000 Euro möglich.

Die dadurch zusätzlich zu entnehmenden Mittel werden aufgrund ihrer ursprünglichen Finanzierung aus den Notlagen-bedingten Kreditermächtigungen im Rahmen der Coronavirus-Pandemie für die Tilgung von Krediten verwendet. Hierdurch entfallen haushalterisch gebuchte Kreditaufnahmen aus Not-Krediten, die zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie und ihrer Folgen notwendig waren; insoweit handelt es sich de facto um eine Sondertilgung der gebuchten Not-Kredite.

Zu Ziffer 2:

Absatz 16

Wegen der verbesserten Einnahmesituation des Landes auf Grundlage der Novembersteuerschätzung 2021 können weitere Mittel für die Tilgung der aufgrund der Ausnahmekomponente gebuchten Kredite eingesetzt werden. Hierdurch entfallen haushalterisch gebuchte Kreditaufnahmen aus Not-Krediten, die zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie und ihrer Folgen notwendig waren; insoweit handelt es sich de facto um eine Sondertilgung der gebuchten Not-Kredite.

Absatz 17

Auf Grundlage der Haushaltsdaten des Regierungsentwurfs des StHG 2022 sowie der Herbstprojektion der Bundesregierung vom 27.10.2021 ergibt sich folgende zulässige Kreditaufnahme bzw. Tilgungsverpflichtung aus den Regelungen zur Schuldenbremse:

Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme / Tilgungsverpflichtung nach § 18 LHO

in Mio. EUR (gerundet)	2022
1. Finanztransaktionskomponente nach § 18 Abs. 3 LHO (Differenz aus 1a und 1b)	21,71
1a. Finanzielle Transaktionen: Einnahmen	36,40
1b. Finanzielle Transaktionen: Ausgaben	14,69
2. Konjunkturkomponente nach § 18 Abs. 4 LHO (Produkt aus 2a bis 2c)	-5,30
2a. Nominale gesamtstaatliche Produktionslücke	-307,28
2b. Budgetsemielastizität Ländergesamtheit (ohne Einheit)	0,1341
2c. Steueranteil Baden-Württemberg (ohne Einheit), Vorjahr	0,1285
3. Extrahaushaltskomponente nach § 18 Abs. 5 LHO	-
4. Ausnahmekomponente nach § 18 Abs. 6 Satz 1 LHO	-
5. Tilgungskomponente nach § 18 Abs. 6 Satz 6 LHO	-
6. Kontrollkontoausgleichskomponente nach § 18 Abs. 7 LHO	-
Zulässige Kreditaufnahme (+) bzw. Tilgungsverpflichtung (-) nach § 18 LHO (Nettoneuverschuldung von 0 abzgl. der Komponenten 1 bis 6)	-16,41

Bei der Berechnung der zulässigen Nettokreditaufnahme wird zur Ermittlung der Konjunkturkomponente die jeweils aktuelle Wirtschaftsprojektion der Bundesregierung zugrunde gelegt, auf die sich auch die Steuerschätzung des jeweiligen Haushaltsentwurfs bezieht. Durch die Wirtschaftsprognose der Bundesregierung vom 27.10.2021 hat sich die Produktionslücke im Vergleich zur Frühjahrsprojektion vom 27.04.2021 deutlich verringert. In der Frühjahrsprojektion betrug die Gesamtstaatliche Produktionslücke für das Jahr 2022 noch -8,3 Mrd. Euro, in der Herbstprojektion wird sie nur noch in Höhe von -0,3 Mrd. Euro ausgewiesen. Dies ist unter anderem auf die gute wirtschaftliche Entwicklung nach dem krisenhaften Einbruch des Jahres 2020 zurückzuführen.

Hieraus ergibt für das Land Baden-Württemberg eine Konjunkturkomponente mit einem zulässigen Verschuldungsspielraum in Höhe von 5,30 Mio. Euro. Aufgrund der Finanztransaktionskomponente, aus der eine Tilgungsverpflichtung in Höhe von 21,71 Mio. Euro erwächst, ergibt sich im Saldo eine Tilgungsverpflichtung in Höhe von 16,41 Mio. Euro.

Dieser Tilgungsverpflichtung ist nachzukommen.

Landtag von Baden-Württemberg
17. Wahlperiode

StHG/5

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDUzu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/1000**Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für
das Haushaltsjahr 2022 (Staatshaushaltsgesetz 2022 – StHG 2022)**

Der Landtag wolle beschließen:

§ 8 wird wie folgt geändert:

1. In den Absätzen 8 bis 10 werden die Wörter „die Landesregierung“ durch die Wörter „das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst“ ersetzt.
2. Den Absätzen 8 bis 10 wird jeweils folgender Satz angefügt:

„In Fällen von besonderer Bedeutung ist eine Befassung der Landesregierung erforderlich.“

3. Nach Absatz 10 wird folgender Absatz 11 angefügt:

„(11) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst aus dem Ausland stammende Kulturgüter und andere Objekte, die unter Verstoß gegen das jeweilige Landesrecht erworben oder ausgeführt wurden und nach Würdigung der Gesamtumstände nicht im Landeseigentum verbleiben sollen, an den Herkunftsstaat, an Vertreter der Herkunftsgesellschaft, den Berechtigten oder an eine geeignete Institution unentgeltlich überträgt. In Fällen von besonderer Bedeutung ist eine Befassung der Landesregierung erforderlich.“

30.11.2021

Schwarz, Andreas, Dr. Rösler, Bay, Evers, Knopf, Pix, Saebel, Salomon, Seimer und Fraktion
Hagel, Wald, Hockenberger, Mack, Dr. Reinhart, Dr. Schütte, Schweizer und Fraktion**Begründung**

Zu Ziffern 1 und 2:

Im Koalitionsvertrag 2021-2026 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg und der CDU Baden-Württemberg wurde auf Seite 55 unter dem Abschnitt „Verantwortungsvoller Umgang mit unserem kulturellen Erbe“ unter anderem festgelegt, dass die Zuständigkeit zur Entscheidung über Rückgaben auf das für Kunst und Kultur zuständige Ministerium übertragen

werden soll. In Fällen von besonderer Bedeutung ist eine Befassung der Landesregierung erforderlich.

Mit der Änderung des Staatshaushaltsgesetzes soll diese Festlegung umgesetzt und die Entscheidungszuständigkeit auf das Wissenschaftsministerium als zuständiges Fachressort übertragen werden. In Fällen von besonderer Bedeutung ist eine Befassung der Landesregierung erforderlich. Von einer solchen ist auszugehen, wenn die Restitution von besonderem öffentlichen Interesse ist, weil der zugrundeliegende Fall bereits Gegenstand umfangreicher öffentlicher Diskussionen war oder die geplante Restitution für die Beziehung zu anderen Staaten besondere Wichtigkeit hat. Eine besondere Bedeutung ist ferner anzunehmen, wenn das zu restituierende Objekt innerhalb einer musealen oder sonstigen Sammlung eine hervorgehobene Bedeutung hat oder einen besonders hohen materiellen Wert aufweist.

Zu Ziffer 3:

Mit der neuen haushaltsrechtlichen Ermächtigung soll eine sachgerechte Behandlung von Fällen ermöglicht werden, in denen aus dem Ausland stammende Kulturgüter oder sonstige Objekte in die Sammlungen des Landes gelangt sind, die im Herkunftsland unrechtmäßig (etwa durch Diebstahl) erworben oder nach dem Recht des Herkunftsstaates unrechtmäßig ausgeführt wurden. In diesen Fällen kann es im Einzelfall angezeigt sein, das Kulturgut zurückzugeben. In Fällen von besonderer Bedeutung ist eine Befassung der Landesregierung erforderlich.